

## Newsletter Montagsdemo Rheinfelden

Das ist nicht unser Bundespräsident!

### Gauck der neue Bundespräsident der Herzen?

#### Themen in dieser Ausgabe:

- Soziale Kälte ...!
- Linkspartei ...!
- Strom gesperrt ...!
- Krankenversicherung !
- Fiskalvertrag ...!
- Klang des Geldes ...!
- Renten-GAU ...!
- 8. März ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

#### IN DIESER AUSGABE:

Soziale Kälte	2
Kriminalisierung der Linkspartei schreitet voran	2
Hunderttausenden Haushalten wird der Strom gesperrt	2
Krankenversicherung: Nie mehr zweite Klasse	2
Europäischen Fiskalvertrag stoppen!	2
Der unerhörte Klang des Geldes	3
Lobby-Kunst und Renten-GAU	3
8. März - Internationaler Frauentag	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

#### Joachim Gauck: Ein Theologe der Herzlosigkeit

Nun ist er wieder im Gespräch: Joachim Gauck. Er soll, nach Auffassung vieler Bürgerinnen und Bürger, Wulffs Nachfolge antreten: ein „Kandidat der Herzen“, wie es bereits im Vorwahlkampf im Frühsommer 2010 hieß.

Tatsächlich? Wäre Joachim Gauck ein solcher Bundespräsident? Wäre Gauck eine derart hehre Lichtgestalt? Wäre Gauck der Kandidat der Herzen, der Präsident aller, wäre er der aufrechte, lautere, zutiefst menschliche Mensch weit über allem Parteienganz?

Nein, Joachim Gauck wäre ein solcher Bundespräsident nicht. Was Christian Wulff mit der Ausstrahlung eines ewigen Oberprimars nicht zuwegebracht hat, das könnte Joachim Gauck mit seinem Charisma (das ihm nicht abzusprechen ist) bei vielen Menschen hierzulande durchaus glücken: sozialspalterisches Gedankengut hineinzutragen in unser Land, zutiefst verrohendes Denken, eine Propaganda völliger Mitleidslosigkeit.

#### Ein Theologe der Herzlosigkeit: Was Joachim Gauck vom Sozialstaat hält:

Ich meine konkret: die Bürgerinnen und Bürger davon zu „überzeugen“, dass der Abbau unseres Sozialstaates, dass insbesondere Hartz-IV, diese staatlich betriebene Verelendung von Millionen Menschen in der Bundesrepublik, doch eigentlich eine prima Sache sei. Hier einige Beispiele, mit welch pastoralen Segenssprüchen Ex-Pfarrer Gauck diese alltäglich praktizierte Menschenverachtung namens Hartz-IV seit Jahren versieht:

Bereits im Sommer des Jahres 2004 bezeichnete Joachim Gauck die Bürgerinnen und Bürger, die gegen das Menschenverelendungsgesetzeswerk Hartz-IV demonstrierten, als „töricht und geschichtsvergessen“ - allein deshalb, weil diese Menschen den Begriff der „Montagsdemonstrationen“ wieder aufleben ließen (Quelle: RP-Online vom 09.08.04).  
Ich meine: so spricht einer, der sich - ohne Mitleid den Arbeitslosen gegenüber - als Gefangener der eigenen

Lebensgeschichte erweist.

Joachim Gauck hat die Sozialstaatsverpflichtung der Bundesrepublik gegenüber den Hilfsbedürftigen mit den Worten kritisiert: „Diese Reduzierung des Lebensglücks auf Wohlfahrt und Wohlstand halte ich nicht für freundlich, sondern für kindisch“. Die Forderung nach Wohlfahrt aller sei „Reduzierung des Lebensglücks“, sei „kindisch“?

Ich meine: mit solcher Eiseskälte spricht kein mitfühlender Mensch, sondern ein Mann, der sich offenkundig eher als Steißstrommler der Nation versteht. Und offenbar das Grundgesetz nicht kennt. Doch weiter:

Joachim Gauck hat die humanen Grundmotive der menschenwürdigen Existenzsicherung für alle Men-



schen in der Bundesrepublik mit dem Verdacht belegt: „Wir stellen uns nicht gerne die Frage, ob Solidarität und Fürsorglichkeit nicht auch dazu beitragen, uns erschaffen zu lassen.“ (Quelle: Welt-Online vom 07.06.10). „Uns“? – Nun, ich meine: mit dieser wörtlichen Übernahme von Thesen aus den Propagandaschriften der Unternehmer-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (siehe deren Broschüre: „Mehr Freiheit für Eigeninitiative!“) stellt sich Gauck auf die Seite der Sozialstaatsvernichter in diesem Land und liefert diesen Vorwände für noch bösigere Kürzungen im Sozialbereich. Außerdem klingen auch in dieser Aussage von ihm die Töne einer schwarzen Pädagogik durch.

Und schließlich: Joachim Gauck hat die Zerstörung unseres Sozialstaats mit den folgenden Worten gefeiert: „Als Gerhard Schröder einst die Frage aufwarf, wie viel Fürsorge sich das Land noch leisten kann, da ist er ein Risiko eingegangen. Solche Versuche mit Mut brauchen wir

heute wieder“ (Quelle: Die Welt vom 07.06.10). Das ist im Klartext ein Plädoyer für noch mehr Menschenverelendung in diesem Land. Und was hier „Mut“ genannt wird, ist in Wahrheit nichts anderes als Brutalität.

Ich meine: mit derartigen Äußerungen reiht sich Joachim Gauck ohne jede Einschränkung ein in die Front jener PolitikerInnen, die mit der Agenda 2010 über Millionen von Menschen in bitterstes Unglück zu stürzen vermochten. Ich meine: er vertieft damit die Misere und die Spaltung in der Bundesrepublik statt sich einzusetzen für die Ärmsten der Armen in unserem Land.

Ich meine: so spricht nicht ein Pfarrer, der sich mit seiner Christlichkeit auf die Seite des Nächsten stellt, sondern eher der Vertreter einer Theologie der Herzlosigkeit.

Einem solchen Menschen – offenkundig heillos in sich selber verstrickt, in die eigene höchstpersönliche Lebensgeschichte – darf man das höchste Amt, das in der Bundesrepublik zu vergeben ist, nicht anvertrauen. Eine derartige Absage an Mitgefühl und Solidarität darf unser Land nicht repräsentieren – weder nach innen noch nach außen hin.

Der „Kandidat der Herzen“, wie Gauck 2010 gern von den Medien bezeichnet worden ist, ist also eher ein Theologe der Herzlosigkeit. Damit wäre er nicht unbedingt ein Mann der Reichen, – das also, was bei Christian Wulff in wachsendem Maße zutage getreten ist -, mit Sicherheit aber ein Mann, der konsequent gegen die Ärmsten der Armen in diesem unserem Lande polemisiert. Unserem Land tut weder das eine noch das andere gut.

Selbstverständlich, wir brauchen keinen Heiligen an der Spitze unseres Staates, der Bundespräsidentensitz ist kein „Heiliger Stuhl“. Aber einen Scheinheiligen brauchen wir dort oben schon gar nicht! Und das sollte zumindest genauso selbstverständlich sein.

von Holdger Platta  
via gegen-hartz.de

Heinrich Heine:  
„Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“.....!!!!!!



## Soziale Kälte

Ganz Wuppertal ist obdachlos: Was in diesen Tagen Obdachlose zu Dutzenden tötet, ist nicht der Winter, sondern ein System, zu dem Obdachlosigkeit wesensmäßig gehört. [...] Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer, und alle, die sich die Illusion bewahrt haben, sie lebten in keiner Klassengesellschaft, sollten mal in die Metropolen fahren, wo in den Neubürgerlichen Vierteln die Gutverdiener unter sich sind, ihre Kin-

der nur mit Gutverdiener—Kindern spielen und per Früherziehung auf ein Leben vorbereitet werden, das nur dann in einem schlechten Viertel stattfindet, wenn es eins zu gentrifizieren gibt. Die Gettoisierung der Städte ist, so will es der Markt, in vollem Gange, und für wen auch im Getto am Stadtrand kein Platz ist, der liegt, wenn es schlecht läuft, in der Fußgängerzone und zahlt den Preis dafür, dass der Markt für Arme-Leute-Wohnraum

praktisch keiner ist und ein Staat, der mit den übrigen Kollateralschäden kapitalistischen Wirtschaftens schon genug zu tun hat, als Sozialwohnungsbauer ausfällt. Denn das ist, wie man längst auch in Polen (62 Kältetote), Tschechien (18) und der Ukraine (135) weiß, Kapitalismus: Die Rechnung kommt bestimmt, und es sind immer dieselben, die sie zahlen.

Quelle: The European



## Kriminalisierung der Linkspartei schreitet voran

Eine wehrhafte Demokratie schränkt die Möglichkeiten der politischen Tätigkeit ein – immer dann, wenn diese darauf abzielen, die Demokratie selbst abzuschaffen. Doch wirklich wehrhaft erscheint die bundesrepublikanische Demo-

kratie derzeit nicht zu sein: Jahre lang kann der Nationalsozialistische Untergrund vor den Augen des Verfassungsschutzes morden, zugleich erhalten die braunen Kameraden über V-Männer finanzielle Unterstützung vom Verfas-

sungsschutz. Doch während das Versagen der "wehrhaften Demokratie" im Kampf gegen Rechts immer offenkundiger wird, schießen sich Union, FDP, Verfassungsschutz und Justiz auf die Linkspartei ein.

Quelle: Telepolis



## Hunderttausenden Haushalten wird der Strom gesperrt

Viele Haushalte in Deutschland sind nicht mehr in der Lage, ihre Stromrechnung zu bezahlen. Daher sitzen gut eine halbe Million Bürger im Dunkeln. Die kräftigen Preissteigerungen bei Strom und Gas stellen

immer mehr Verbraucher vor Zahlungsprobleme – bis hin zur dunklen Wohnung. Wegen unbezahlter Rechnungen sei schätzungsweise 600.000 Haushalten in Deutschland 2010 der Strom abgedreht worden, teilte die Verbraucher-

zentrale Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf mit. Diese Hochrechnung basiere auf einer Umfrage unter lokalen Energieversorgern im bevölkerungsreichsten Bundesland.

Quelle: WELT



## Krankenversicherung: Nie mehr zweite Klasse!

Krankenversicherung: Nie mehr zweite Klasse! In Deutschland steht eine Revolution bevor: Die Zeit der privaten Krankenversicherung neigt sich dem Ende zu. Was kommt nun? ... Die private Krankenversicherung hat immer weniger Anhänger: Die Versicherten klagen über exorbitant hohe

Beiträge für alte Menschen, schnell steigende Prämien für die Jungen und über Rechnungen, die nicht komplett ersetzt werden. Axel Kleinlein, Chef des Bundes der Versicherten, schätzt, dass mindestens jeder vierte Privatpatient ins gesetzliche System wechseln möchte. Momentan sei dieser

Wunsch in Beratungsgesprächen das »Thema Nummer eins«, weil zur Jahreswende viele Prämien gestiegen sind. Mit den Klagen ändert sich das öffentliche Bild der PKV, deren Versicherte vor Kurzem noch als Gewinner galten.

Quelle: ZEIT online



## Europäischen Fiskalvertrag stoppen!

**Sozialstaat und Demokratie verteidigen – in Deutschland und Europa!** Um den Vertrag zu erfüllen, müssten allein die Eurostaaten in fünf Jahren 1,5 Billionen Euro kürzen! Kahlschläge im Sozial- und Bildungsbereich, Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Senkung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen sowie weitere Privatisierungen sind damit vorprogrammiert – die Agenda 2010 für ganz Europa!

Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen zahlen die Zeche für die Banken. Und das, obwohl erst die Bankenrettung zur Explosion der Schuldenstände geführt hat. Der Fiskalvertrag ist zugleich ein Angriff auf die Demokratie in Deutschland und in Europa. Mit ihm wird das demokratische Haushaltsrecht der Parlamente ausgehebelt, sobald ein Land vom strikten Weg der Sparpolitik und von den verschärften Regeln der Währungsunion abweicht. Künftig

werden dann nichtgewählte europäische Institutionen wie Kommission und EuGH über nationale Steuergelder entscheiden. Eine aktive Konjunkturpolitik wird in Zukunft ebenso unmöglich sein wie eine gestaltende Finanzpolitik, z.B. zur Einleitung der sozial-ökologischen Wende. Der Fiskalpakt steht für Kapitalismus ohne den Deckmantel parlamentarischer Demokratie!

Quelle: Axel Troost

## Der unerhörte Klang des Geldes

Mit Beteiligung privater Unternehmen versucht die öffentliche Hand trotz aller Haushaltsdefizite und gekürzter Budgets eine Reihe außerordentlich großer Bauprojekte zu realisieren. Der Bau der Hamburger Elbphilharmonie oder der eines 75 Kilometer langen Abschnitts der Autobahn A1 zwischen Hamburg und

Bremen sind bekannte Beispiele für dieses Finanzierungsmodell. Diese so genannten Public Private Partnerships (PPP) geraten zunehmend in die Kritik: Trägt nicht der Steuerzahler das Risiko und muss zuletzt die immer höher ausfallende Rechnung begleichen? Der Hamburger Senat zum Beispiel bürdet seinen Bürgern die Erhöhung des zunächst kalkulierten Kostenanteils für die

Elbphilharmonie von zunächst 77 Millionen auf heute fast 324 Millionen Euro auf. Während global agierende Unternehmen aus der Beteiligung an staatlichen Projekten enorme Gewinne beziehen, scheint die Bevölkerung davon nichts zu haben. Die PPP-Projekte führen zu einem Verlust an Gemeingut, zum Ausverkauf der Zukunft.

Quelle: Deutschlandfunk



## Lobby-Kunst und Renten-GAU

Sozialpolitisch ist das Ganze ein Skandal, volkswirtschaftlich nutzlos, konjunkturpolitisch Gift, versicherungsmathematisch grenzt es an legalen Betrug, und nun stimmen nicht einmal die demographischen Grundannahmen: Die Rede ist von den Riesen-Renten. Stetig sinkende Geburtenraten, langlebige Alte – der demographische Stress eben. Zur Zeit stehen jedem ab einem Alter von 65 drei Menschen im Arbeitsalter gegenüber. 2040 dagegen müssten drei Arbeitende schon für zwei Ruheständler aufkommen. Nur noch 1,4 Geburten pro Frau in Deutschland – das ist die Kernziffer hinter solchen Prognosen. Und das ist die Rechtfertigung für all

die rentensenkenden Reformkaskaden und für das kampagnenhafte Hochtreiben einer Privatvorsorge, die eher den Versicherungen nutzt als den Versicherten. Doch im September letzten Jahres hat das Max-Planck-Institut für Demographie neue Resultate vorgelegt. Und die führen zu zwei Korrekturen. Zum Ersten liegt die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau in der Bundesrepublik nicht bei 1,4, sondern bei mindestens 1,6. Denn dass die Geburtenzahlen pro Jahr sinken, erklärt sich nicht ausschließlich aus einem Verzicht auf Kinder, sondern auch aus der Verschiebung von Geburten in höhere

Lebensalter. Das wurde bisher unzureichend berücksichtigt. Inzwischen liegt das Durchschnittsalter bei der Geburt des ersten Kindes bei fast 29 Jahren. Folglich wird es in kommenden Jahrzehnten pro Rentner mehr Menschen im Arbeitsalter geben, als bisher unterstellt. Allein deshalb schon ist die Rente erst ab 67 überflüssig. Denn bei einer mittleren Rentenbezugsdauer von 17 Jahren und einer Korrektur der zu erwartenden Geburtenzahlen um 15 Prozent sind ceteris paribus gut zwei Rentenjahre mehr finanzierbar.

Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik



## 8. März - Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag blickt auf eine lange Tradition zurück. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen. Initiiert durch Clara Zetkin (1857-1933) fand der erste Internationale Frauentag am 19. März 1911 statt. Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA beteiligten sich. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentages unterstreichen. Der 18. März war der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution 1848.

Und woher kommt der Brauch, Frauen am 8. März anlässlich des

Frauentags mit einer roten Rose zu beschenken?

Wir wollen Brot und Rosen!

**Brot steht für:**

- Recht auf Arbeit
- Gerechte Entlohnung
- Gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen
- Menschengerechte Arbeitsbedingungen
- Berufliche Entfaltung und Fortentwicklung
- Eigenständige soziale Sicherung für die Frau

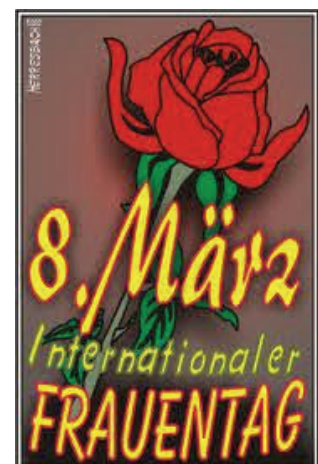
**Rosen steht für:**

- Die Möglichkeit mit Kindern zu

leben und berufstätig zu sein

- Familiengerechte Arbeitszeiten
- Die Befriedigung kultureller Bedürfnisse
- Eine menschenwürdige Wohn- und Lebensumwelt
- Die gleichberechtigte Teilhabe von Männern an Hausarbeit und Kindererziehung
- Humane Politikformen
- Toleranz
- Frieden

**Diese Forderungen haben bis zum heutigen Tage nicht an Aktualität verloren.**

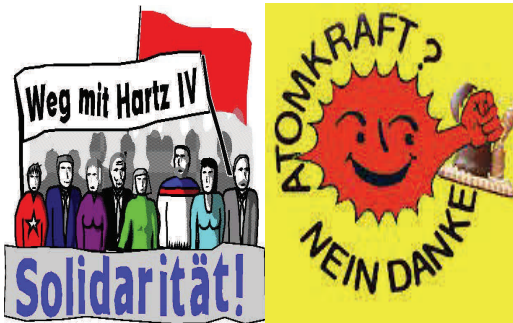


V.i.s.d.P. :  
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell  
Oberhofstrasse 1  
79730 Murg/ Baden  
Tel: 07763 - 9275807  
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann  
Eisenbahnstr. 7  
79585 Steinen  
Tel: 07627 - 8127  
E-Mail: khirschmann@gmx.de

[www.montagsdemo-rheinfelden.de](http://www.montagsdemo-rheinfelden.de)



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

## Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Die närrischen Tage liegen hinter uns. Am Karneval oder Fasching, da durfte das Volk, soweit es nach den Oberen ging, denen ruhig mal ein bisschen die Meinung sagen. Mit dem Aschermittwoch sollte es dann aber auch gut sein. Das wollten die revolutionären Bauern 1918/19 in Bayern natürlich nicht mitmachen. Sie führten den politischen Aschermittwoch ein als Zeichen, dass es mit dem

Hohn und Spott weitergeht. Auch an der Rheinfelder Montagsdemonstration gab es wieder politische Büttenreden, wie die Jahre zuvor.

Dass es in Deutschland auch einen Aufschwung



des Widerstands und von Kämpfen gegen die asozialen Gesetze der Regierung geben wird, darüber sind sich die Aktiven der Rheinfelder Montagsdemonstration im neunten Jahr ihrer Geschichte gewiss.

Und der Wille, wöchentlich weiterzumachen, ist ungebremst.

Am 6. Februar trafen sich dazu 11 Montagsdemonstranten zu einer „Ideen-Werkstatt“. In der Einladung dazu hieß es: „Wir sind eine lebendige Kraft und Institution in der Region geworden, gegen Hartz IV und die Agenda 2010 genauso wie für andere soziale Bewegungen, wie gegen Stuttgart 21, gegen die Atompolitik, gegen die Rentenpolitik, gegen prekäre Beschäftigung oder



gegen faschistische Umtriebe. Lasst uns gemeinsam beraten, wie wir unsere Arbeit verbessern und effizienter machen können.“

In diesem Sinne lasst uns weiterkämpfen für eine bessere und gerechtere Welt.

## Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring).
- **AKW Fessenheim**. Deshalb ruft das „Aktionsbündnis Fessenheim stilllegen. JETZT!“ die Bürgerinnen und Bürger des Dreiecklandes für Sonntag, den 10. März 2012 um 14 Uhr zu einer Protestdemonstration am AKW Fessenheim auf. Friedlich, selbstbewusst, gewaltfrei bekräftigen wir am Vorabend des Jahrestags der Katastrophe von Fukushima unsere Forderung nach sofortiger Stilllegung des AKW Fessenheim.